

1970

**24.1.1970:** Erstmals haben die Narren in der Stadt das Rathaus gestürmt und das närrische Zepter übernommen. Unter der Führung des Arbeitskreises Karneval der Kolpingfamilie versammelte sich das närrische Volk vor dem Rathaus und zwang den Magistrat mit Bgm. Dr. Stephan an der Spitze zur Übergabe der Stadtkasse und des Rathausschlüssels.

**13.2.1970:** Die 1. Stadtverordnetensitzung des Jahres fand am 13.2. im Pfarrzentrum Am Flachsland statt. Der Bürgermeister teilte mit, dass für den in den Ruhestand versetzten Leiter der Steuer-, Personal- und Rechtsabteilung, Amtmann Adam Bender, Oberinspektor Schirmmacher (der spätere Erste Stadtrat der Stadt Kelkheim), der seither bei der Kreisverwaltung tätig war, ab 1.2.1970 als neuer Leiter der vorgenannten Abteilung eingestellt worden sei.

Das Land habe einen Zuschuss für den Ausbau der Kinderspielplätze Gagernring und Mühlgrund zugesagt, so dass diese Baumaßnahmen noch in diesem Monat begonnen werden können.

Der Kreis habe einen Wettbewerb für die Gesamtschule Kelkheim vorbereitet, die Ausschreibung solle im März erfolgen, das Preisgericht im Juli tagen. Später hat der Kreis festgelegt, dass in vier Städten des Kreises, darunter auch Kelkheim, je eine Gesamtschule in Fertigbauweise errichtet würde.

Anschließend brachte Bgm. Dr. Stephan den HH- Plan- Entwurf 1970 ein. Der Schwerpunkt seiner HH- Rede lag auf der Schaffung von Voraussetzungen für das weitere Wachstum der Stadt. Besonders sprach er dabei von der Sicherung der Wasserversorgung, dem Ausbau des Schulwesens, größeren Straßenbaumaßnahmen im Zuge neuer Anschlüsse Kelkheims an das überörtliche Verkehrsnetz, der Anlegung des neuen Hauptfriedhofs, dem Bau eines neuen Rathauses und - als Daueraufgabe für die nächsten Jahrzehnte - der Stadtsanierung, daneben den Bau des kombinierten Hallen-Freibades. "Die im HH- Plan- Entwurf 1970 eingestellten Mittel sind ganz diesen Maßnahmen gewidmet", stellte Dr. Stephan in seiner Rede fest. Der Entwurf wurde an die Ausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen.

Danach war über die Einrichtung eines Wochenmarktes, die Genehmigung einer Marktordnung und einer dazugehörenden Gebührenordnung zu beraten. Die Stadtverordneten legten fest, dass als Marktplatz der Parkplatz an der Altkönigstraße verwendet wird, und dass im Frühjahr 1970 erstmals mit einem Markt an einem Samstag begonnen werden solle. Die Beschlussfassung erfolgte einstimmig. Der Markt wurde auch am 4.4.1970 eröffnet. Es zeigte sich jedoch nach kurzer Zeit, dass die Zahl der Händler laufend abnahm, da sie bessere Marktplätze in anderen Städten vorfanden. Der Markt musste danach nach knapp einem Jahr wieder aufgegeben werden.

Der Offenlegung des Bebauungsplanes "Braubach" wurde einstimmig zugestimmt. Dieser Plan wurde aufgestellt, um eine Bebauung dieses Naherholungsgebietes mit Wochenendbauten zu verhindern.

Der Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für ein Schul- und Sportzentrum an der Lorsbacher Straße (Eichendorfschule) wurde auch einstimmig gefasst. Die Stadtverordneten baten jedoch darum, dass der vorhandene Baubestand bei dem Bau weiterer Schulgebäude weitestgehend geschont wird. Dies ist auch größtenteils eingehalten worden.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde dem Verkauf von drei Grundstücken im Industriegebiet zugestimmt. Die damals interessierten Firmen hatten sich auch kurze Zeit später dort angesiedelt.

Fast hundertmal, zweimal im Durchschnitt jede Woche, sind städtische Körperschaften oder Teile von ihnen, Stadtverordnetenversammlung, Magistrat oder Ausschüsse sowie die Schuldeputation, im Laufe des Jahres 1969 zusammengetreten. In dieser Zahl noch nicht enthalten sind die Sitzungen der Beiräte und auch die Zusammenkünfte der Fraktionen oder ihrer Untergliederungen. Aber allein die erwähnte Zahl gibt zu erkennen, dass die Bürger, die sich bereitfanden, ein politisches Mandat zu übernehmen, dafür - und damit auch für ihre Mitbürger - ein gerüttelt Maß Arbeit auf sich genommen hatten.

**13.3.1970:** In der Stadtverordnetensitzung am 13.3. teilte der Bürgermeister mit, dass der Leiter der hiesigen Polizeistation, Pilgrim, in Kürze nach Hofheim versetzt werde, dafür würde Herr Gensch neuer Leiter der Polizeistation.

Ferner teilte er mit, dass mit der Forstverwaltung wegen dem Bau des Umkleidegebäudes am Sportplatz Taunusblick eine Übereinstimmung erzielt wurde. Damit könne der Bau in diesem Jahr noch begonnen werden.

Die Satzung über die Schuldeputation wurde aufgehoben, da die Stadt ab 1.1.1970 Kraft Gesetzes die Schulträgerschaft an den Kreis abgab. Auf Vorschlag des Ausschusses für Schule, Kultur, Sozialangelegenheiten und Sport richtete die Stadtverordnetenversammlung an den Kreis eine Resolution wegen der Beschulung von Kindern an weiterführenden Schulen. Zu dieser Zeit weigerten sich die Gymnasien der Nachbarstädte noch, Schüler aus Kelkheim aufzunehmen. Der Magistrat verhandelte daraufhin mit dem Kreis wegen dem Aufbau eines gymnasialen Zweiges für die spätere Gesamtschule. Der Kreis richtete im Jahr danach auch in der alten Schule in Hornau die ersten gymnasialen Klassen ein, die heute Teil der Gesamtschule (Immanuel-Kant-Schule) an der Lorsbacher Straße sind.

Bei der Beratung des HH-Planes 1970 stand die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes von 250 auf 275 % an. Nach heftigen Debatten stimmten die Fraktionen der CDU und SPD der Erhöhung zu, während die FDP vehement gegen die Erhöhung votierte. Mit 18 gegen 3 Stimmen wurde schließlich der HH-Plan 1970 angenommen. Er umfasste knapp 20 Mio. DM, davon im ordentlichen Teil 9,5 Mio. DM und im außerordentlichen Teil über 10 Mio. DM.

Die Bauarbeiten an dem Anbau der St. Dionysiuskirche gehen zügig voran, aber die Erstkommunionsfeier am "Weißen Sonntag" (4.4.70) kann voraussichtlich erst am 10.5. stattfinden.

**15.4.1970:** Der Männer- und Kinderchor des MGV "Euterpe" Hornau unter der Leitung von Ernst Menke waren vom Hessischen Rundfunk zu Aufnahmen von Chören eingeladen worden. Besonderes Interesse der Musikredaktion des Hess. Rundfunks gilt dem Kinderchor der "Euterpe", von dem weitere Aufnahmen neu einstudierter Chöre zu gegebener Zeit für die Rundfunkübertragung aufgenommen werden sollen.

Der Schulneubau für die Grundschule Sindlinger Wiesen geht zügig voran. Der Magistrat hat jetzt im Auftrag des Kreises die meisten Arbeiten für den Innenausbau vergeben. Die Schule wird in Fertigbauweise errichtet, was zu erheblicher Verkürzung der Bauzeit führt. Bei der Vergabe der Innenausbauarbeiten konnten überwiegend die Angebote von ortsansässigen Handwerkern berücksichtigt werden.

Der Magistrat hat die Arbeiten für die Wasserleitung von Zeilsheim nach Kelkheim im Abschnitt vom Industriegebiet zum Hochbehälter an der Lorsbacher Straße vergeben. Diese Druckleitung wird überwiegend durch Waldgelände verlegt. Sie verläuft vom Industriegebiet unter der Hofheimer Straße hindurch in den Wald am Müllplatz vorbei bis zum Hochbehälter. Die Kosten für diese umfangreichen Arbeiten belaufen sich auf 550.000 DM.

Dieser Tage verstarb Herr Heinrich Haub im Alter von 61 Jahren. Von 1952 bis 1956 war Heinrich Haub in der Stadtverordnetenversammlung und Mitglied des H.- u. F.-Ausschusses. Während seiner ehrenamtlichen Tätigkeit hat sich H. Haupt stets für die Belange seiner Mitbürger eingesetzt. Die Stadt Kelkheim wird ihm immer ein ehrendes Gedenken bewahren.

**24.4.1970:** In der Stadtverordnetensitzung am 24.4. dankte Stadtverordnetenvorsteher Claßen im Namen des Hauses dem ausgeschiedenen ehrenamtlichen Stadtrat Leo Claas für seine langjährige Tätigkeit in den städtischen Körperschaften. Für Herrn Leo Claas rückte Herr Dr. Dieter Bormann (FDP) als ehrenamtlicher Stadtrat in den Magistrat nach.

Der Bürgermeister gab bekannt, dass die kommunalen Forstbeamten ab 1.1.1971 in den Dienst des Landes übernommen werden. Dies galt auch für den Kelkheimer Oberförster Kurt Klaemt.

In einem Nachtrag zum Stellenplan, der einstimmig beschlossen wurde, wurde der Erhöhung der Besoldungsgruppe des Bürgermeisters um eine Stelle zugestimmt. In geheimer Abstimmung war über die Besoldungserhöhung für den Bürgermeister durch die Stadtverordneten abgestimmt worden. Mit 21 gegen 2 Stimmen wurde beschlossen, dass an den Bürgermeister ab 1.7.1970 eine erhöhte Besoldung um eine Stufe zu bezahlen sei.

Danach war über eine Änderung der Linienführung für den Stadtbus zu beraten. Damals wurde festgelegt, dass in Hornau über Hornauer Str., Herrnmauer, Gagernring und Am Flachland ein Rundverkehr errichtet wird. Ferner wurde der Einbahnregelung im Gebiet Herrnwald, Höhenstr., Hainpfad, Wiesenstraße zugestimmt. Außerdem wurde beschlossen, dass vor- und nachmittags je ein Bus bis zum Industriegebiet durchfährt. Die Zahl der Busfahrten wurde um zwei gekürzt, da sich zeigte, dass insbesondere gegen Abend kaum noch Fahrgäste mit dem Stadtbus fuhren.

Diskussionen gab es um die eingegangenen Bedenken und Anregungen zu dem Bebauungsplan Kühnhohl. Es ging um die Frage, ob Teile des Gebietes als allgemeine oder reine Wohngebiete auszuweisen seien. Dabei gingen die Meinungen in der Diskussion insbesondere darüber auseinander, ob die dort angesiedelte Druckerei oder die Schule mehr Lärm verursacht. Nach einer Sitzungsunterbrechung wurde mit 14 Stimmen bei 8 Enthaltungen der Vorschlag des Magistrats und Bauausschusses, der teilweise eine Ausweisung als allgemeine und teilweise als reines Wohngebiet vorsah, genehmigt. Der Satzung wurde mit 15 Stimmen bei 7 Enthaltungen zugestimmt.

Die Offenlegung des Bebauungsplanes für das Schul- und Sportzentrum an der Lorsbacher Straße erfolgte einstimmig.

Der Magistrat wurde aufgefordert, in Kürze eine Planung zur Anlegung der Grünflächen im Schwimmbad vorzulegen. Auch der Offenlegung eines Bebauungsplanes für das Gebiet Zeilsheimer Straße / An der Viez wurde einstimmig zugestimmt, ebenso der Anordnung einer Baulandumlegung für das Gebiet der heutigen Gesamtschule.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Offenlegung des abgeänderten Bebauungsplanes Frankfurter Straße zugestimmt, der im oberen Teilbereich eine bis zu 4-geschossige Bebauung vorsah. Zugestimmt wurde auch einer Grenzregelung zwischen der Stadt und der kath. Kirchengemeinde St. Martin in Hornau. Die Stadt erhielt über 600 qm Gelände zur Anlegung des Weges entlang dem Liederbach und zur Anlegung von Parkplätzen an der Lange Straße (heute Hornauer Straße).

**1.5.1970:** Seit Jahren wird der schlechte Zustand der Frankfurter Straße im Bereich des Stadtteils Münster beanstandet. Der strenge Winter hat diesen Zustand noch verschlimmert. Die Frankfurter Straße ist eine Landesstraße, das bedeutet, dass das Land für die Instandhaltung sorgen muss. Der Gewerbe- und Verkehrsausschuss will sich jetzt mit einer Resolution an das Straßenbauamt wenden, um diesen Mangel abstellen zu lassen.

Sehr viel Spaß hatten Kinder mit einer neuen "Eisenbahn", die dieser Tage im Wäldchen an der Eichendorffschule aufgebaut wurde. Gleichzeitig hat die Stadt Bänke, grob gezimmerte Tierfiguren zum "Reiten" und andere Spielgeräte aufgebaut, die von den Buben und Mädchen begeistert aufgenommen wurden. Man hat hier mit einfachen Mitteln, etwas Phantasie und Sinn für die Wünsche der Kinder einen schönen Spielplatz geschaffen.

**26.5.1970:** In der Stadtverordnetensitzung am 26.5. vertrat 1. Stadtrat Born den abwesenden Bürgermeister. Er teilte u.a. mit, dass das Hallenbad eine Plattenfassade in rot und hell zum Preis von 45.000 DM erhalten würde.

Ab sofort würden in Kelkheim Müllsäcke eingeführt. Ein Kauf sei über verschiedene Einzelhandelsgeschäfte zum Preis von 1,30 DM pro Stück möglich.

Der Bau der Brücke über die Dieselstraße einschließlich Eisenbahnbrücke sei vergeben. Die Ausschreibung für den Vorplatz der Stadthalle und des Klosters seien in Vorbereitung.

Der Magistrat habe eine Vereinbarung mit der Familie Schuldheiss getroffen, dass das zum Abbruch vorgesehene Gebäude gegenüber dem Rathaus in der Hauptstraße vorübergehend noch als zusätzliches Verwaltungsgebäude Verwendung finden solle. Nach dem Bezug des neuen Rathauses im Mai 1974 wurde das alte Gebäude abgebrochen.

Beschlossen wurde der Beitritt der Stadt zur "Gemeinnützigen Baugenossenschaft der Stadt Kelkheim" und der Erwerb von 10 Anteilen dieser Baugenossenschaft.

Einstimmig wurde auch dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Gemeinde Altenhain wegen der Übernahme der Kassengeschäfte ab 1.7.1970 zugestimmt. Seit 1970 wird die Gemeindekasse Altenhain von der Stadt Bad Soden geführt.

Eine Diskussion gab es wegen der Verwendung eines HH-Überschusses aus 1969 in Höhe von 960.000 DM. Die SPD wünschte die Zuweisung des Überschusses an eine Rücklage, während sich die beiden anderen Fraktionen für eine Aufteilung des Überschusses auf verschiedene Rücklagen aussprachen. Mit 16 gegen 8 Stimmen wurde beschlossen, dass der Schwimmbadrücklage 500.000 DM, der Rathaus-, Hauptfriedhof- und Sanierungsrücklage je 50.000 DM und der Grundstücksrücklage 90.000 DM zuzuführen seien. Ferner sei eine Sonderrücklage von 120.000 DM mit Zweckbestimmung zum Ausbau der Hornauer Straße zwischen Dingesweg und Theresenstraße anzulegen.

Danach war über den zusätzlichen Bau eines Freischwimmbades zu beraten. Der Magistrat hatte vorgeschlagen, die beim Hallenbadbau tätige Firma auch mit dem Bau des Freischwimmbades und des Planschbeckens zu beauftragen, da dadurch eine günstigere Bausumme erreicht würde. Die SPD war der Ansicht, dass mit dem Bau der Außenbecken sofort auch die Umkleiden mit eingerichtet werden müssten, während die CDU und FDP empfahlen, den Bau der Umkleiden noch kurzfristig zurückzustellen, um zunächst die Finanzierung mit Kosten von über 1 Mio. DM nochmals zu überprüfen.

Ferner gab es eine Diskussion darüber, ob das große Außenbecken nur als Schwimmerbecken benutzt werden solle oder ob 2/3 Schwimmerbecken und 1/3 Nichtschwimmerbecken sein sollen. Nach längerer Diskussion wurde einstimmig dem Bau des Mehrzweckbeckens in Größe von 50 x 25 m und einem Planschbecken in Größe von 12,5 x 12,5 m zugestimmt. Der Magistrat wurde beauftragt, schnellstens den Bau der Sommerumkleide vorzubereiten und einen Finanzierungsvorschlag zu unterbreiten. Die Ausschüsse wurden ermächtigt, eine endgültige Entscheidung darüber zu treffen, welche Teile des großen Beckens als Schwimmer- oder Nichtschwimmerbecken zu bauen sind. Die Ausschüsse entschieden sich später dafür, dass die Hälfte des Beckens als Schwimmer- und die andere Hälfte als Nichtschwimmerbecken ausgelegt werden sollte. Der Bau wurde später nach dieser Vorlage ausgeführt. Dem Ausbau einschließlich Verbreiterung der Hornauer Straße zwischen Dingesweg und Theresenstraße wurde einstimmig zugestimmt. Die Kosten waren auf 120.000 DM geschätzt. Zusätzlich musste mit Kosten von 40 DM pro qm das Vorgartengelände von den Eigentümern erworben werden.

Danach war über einen Antrag der SPD auf Erstellung eines Raumprogramms für ein neues Rathaus mit einem Raumbedarf für eine Verwaltung von 30.000 Einwohnern zu beraten. 1. Stadtrat Born verwies darauf, dass der Rathauswettbewerb bereits 1966 durchgeführt worden sei. Das damalige Raumprogramm

müsse entsprechend der größeren Einwohnerzahl nur überarbeitet werden. Die Fraktionen der CDU und FDP hielten den Antrag für überflüssig. Die Verwaltung sei auch aufgrund der vielen Bauobjekte zur Zeit nicht in der Lage, das Raumprogramm kurzfristig zu überarbeiten. Mit 16 gegen 8 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt. Der Magistrat wurde gebeten, in nächster Zeit entsprechend den verwaltungsmäßigen Möglichkeiten eine Überarbeitung des Raumprogramms vorzunehmen.

Ein zweiter Antrag der SPD beschäftigte sich mit der Herausgabe des Ortsrechts in eine Loseblatt-Sammlung. 1. Stadtrat Born verwies darauf, dass jeder Bürger kostenlos die gehefteten Satzungen und Änderungen erhalten könne. Eine Neuherausgabe sei wegen der bevorstehenden Abänderung des Hess. Kommunalabgabegesetzes zur Zeit nicht zweckmäßig. Jeder Stadtverordnete könne die Satzungen sich selbst zur Loseblatt-Sammlung zusammen schneiden. Mit 15 gegen 8 Stimmen wurde danach der Antrag abgelehnt.

Danach wurde über den Ankauf des Anwesens Lange Straße (heute Hornauer Straße) 69 abgestimmt. Dieses Anwesen wurde später im Tauschwege einem anderen Grundstücksbesitzer der Lange Straße zugeteilt, damit sein Anwesen im oberen Teil der Lange Straße zur Straßenverbreiterung abgerissen werden konnte.

In nichtöffentlicher Sitzung war über den Vertragsentwurf mit den Farbwerken Hoechst wegen der Bebauung des Gebietes "Sendelbach" und dem Durchbruch des Nelkenweges (heute Johann-Strauß-Straße) zu beraten. Die SPD setzte sich für eine größere Verdichtung in diesem Baugebiet ein, obwohl damals mehrere höhergeschossige Gebäude vorgesehen waren. Aufgrund der veränderten wirtschaftlichen Situation wurden diese höhergeschossigen Gebäude in einer späteren Abänderung zum Bebauungsplan auf ein- bzw. zweigeschossige Bauweise abgeändert. Dem Vertrag wurde mit 15 gegen 7 Stimmen zugestimmt. Er beinhaltet u.a. auch, dass die Stadt im Gebiet "Braubach" von den Farbwerken Gelände in Größe von fast 3.000 qm erhielt. Ferner, dass die Farbwerke der Stadt pro zu bauender Wohnung eine Spende von 1.500 DM für den Schwimmbadbau bereitstellen werden.

Die Pflanzarbeiten am neuen Hauptfriedhof sind zwischenzeitlich abgeschlossen worden. Nun wurden die Aufträge für Be- und Entwässerungsarbeiten sowie für den Wegebau vergeben.

Durch den Fanfarenzug Hornau bestand ein Kontakt zu einem Minensuchboot der Bundesmarine. Jetzt hat der Magistrat bei der Marine einen offiziellen Antrag auf Übernahme einer Patenschaft für ein Minensuchboot in Neustadt in Holstein gestellt.

**9.6.1970:** Ehrenbürgermeister Wilhelm Stephan wurde für seine 25-jährige Tätigkeit als stellvertretender Ortsgerichtsvorsteher im Rathaus vom aufsichtsführenden Richter Wackermann mit einer Urkunde geehrt. Amtsgerichtsdirektor Dr. Scheidt überreichte im Namen des Landes Hessen ein Geldgeschenk.

**22.6.1970:** Im Rahmen des internationalen Jugendaustausches "Experiment", dessen Mitorganisator Direktor Georg Schrage vom Richter-Gymnasium ist, weilten zur Zeit einige Inderinnen und Inder, die eine Deutschlandreise unternehmen, in Kelkheim. Bgm. Dr. Stephan empfing die jugendlichen Gäste im Rathaus, um mit ihnen über Probleme des Gastlandes und ihres Heimatlandes zu diskutieren.

**1.7.1970:** Hans Hollerbach, der Leiter des städtischen Bauhofes, wurde jetzt im Rathaus für seine 40-jährige Tätigkeit in städtischen Diensten geehrt.

**5.7.1970:** Die Kelkheimer Landwirte haben jetzt in einer Versammlung den seit 8 Jahren tätigen Ortslandwirt von Münster, Jakob Christmann, zum neuen Ortslandwirt von Kelkheim gewählt.

Mit großem Bedauern verzeichneten die Bürger seit Jahren das Fehlen eines Augenarztes in Kelkheim. Sie mussten immer nach Frankfurt, Höchst oder ins MTZ nach Sulzbach fahren, um sich behandeln zu lassen. Seit kurzer Zeit hat sich nun ein Augenarzt in der Frankfurter Straße niedergelassen.

**10.7.1970:** In der Stadtverordnetensitzung am 10.7. konnte der Bürgermeister mitteilen, dass die Müllzerkleinerungsanlage in Weilbach fertig gestellt sei, so dass ein Teil des Mülls ab sofort nach Weilbach gebracht werden könne.

Das Preisgericht für den Ausbau der Eichendorffschule an der Lorsbacher Straße zu einer Gesamtschule tagte am 10. und 11.7. in der Münsterer Sporthalle. Anschließend werde der Kreistag auch in der Turnhalle tagen. Die damalige Ausbaukonzeption der Eichendorffschule ist später fallen gelassen worden, da vier gleiche Bautypen von Gesamtschulen in mehreren Städten des MTK, darunter auch in Kelkheim, erstellt wurden. Der Bürgermeister berichtete weiter, dass die neue Max-von-Gagern-Grundschule in den nächsten Tagen bezogen werde. Der Unterricht beginne mit dem Ende der Sommerferien 1970 In der Grundschule Sindlinger Wiesen sei mit der Endmontage begonnen worden.

Der Kreistag habe beschlossen, dass in dem alten Schulgebäude in Hornau zwei Sexten als Beginn eines gymnasialen Zweiges als Nebenstelle des Eichwaldgymnasiums Sulzbach bis Ende der Sommerferien einzurichten seien. Dies war der Beginn des Aufbaues des gymnasialen Zweiges der Gesamtschule Kelkheim.

Ferner teilte er mit, dass die Baugenehmigung für das Umkleidegebäude der SG Kelkheim am Sportplatz Taunusblick eingegangen sei.

Der Erhebung von Erschließungsbeiträgen für den Bürgersteigausbau der Breslauer Straße mit 1,30 DM pro Berechnungseinheit wurde einstimmig zugestimmt.

Danach war über die Gründung einer "Städtebaulichen Entwicklungsgesellschaft" (STEG) zu beraten. Der Bürgermeister gab zunächst einen umfassenden Bericht über den Sinn und Zweck dieser geplanten Gesellschaft. Stv. Dichmann als Sprecher des Haupt- und Finanzausschusses sprach sich auch für die Gründung der Gesellschaft aus. Die Fraktionen der CDU und FDP unterstützten deren Gründung. Die SPD erkannte auch grundsätzlich die Schaffung einer entsprechenden Einrichtung an, sie empfahl jedoch, die Aufgaben möglichst durch die Verwaltung unter Einschaltung von Studenten der TH Darmstadt lösen zu lassen. Ferner beanstandete sie, dass nur eine Bank als Gesellschafter beteiligt werden solle und dass Stadtverordnete nicht Mitglieder des Aufsichtsrates seien.

Der Bürgermeister wies nochmals darauf hin, dass die Stadtverordneten aufgrund ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgabe in die Beschlussfassung über Bebauungspläne und Sanierungspläne in dem Verfahren immer eingeschaltet seien. Die finanziellen und baulichen Überlegungen seien jedoch nicht alleine in der Stadtverwaltung zu lösen. Aus diesem Grunde solle der Gesellschaft eine Bank und eine Grundstücks- und Wohnungsbaugesellschaft als Mitgesellschafter angehören.

Nach geringfügigen Änderungen in dem Textentwurf wurde mit 13 gegen 8 Stimmen der Gründung der STEG zugestimmt. Das Stammkapital wurde auf 500.000 DM festgesetzt. Davon übernahm die Stadt und die Bayerische Hypothekenbank je 200.000 DM, eine Grundstücks- und Wohnungsbaugesellschaft 100.000 DM. Die Grundstücks- und Wohnungsbaugesellschaft ist später aus der STEG ausgeschieden, und die Stadt hat deren Anteil zusätzlich übernommen.

Ein weiterer wichtiger TOP, der zur Beratung anstand, war die Durchführung einer Flurbereinigung in Kelkheim. Bgm. Dr. Stephan verwies darauf, dass es nur wenige öffentliche Wege in der Feldgemarkung gebe und dass das Entwässerungsnetz unzureichend sei. Ferner müsse der viele Splitterbesitz neu geordnet werden, da u.a. auch der Wohnwert einer Stadt von einer geordneten Feldgemarkung mit abhängig sei. Das Verfahren würde über mehrere Jahre laufen. Der Haupt- und Finanzausschuss unterstützte die Durchführung des Verfahrens. Er beantragte jedoch, ihn über die Kosten noch zu informieren. Die Stadtverordneten Gladis und Kleinstauber von der SPD bezeichneten das vorhandene Wege- und Entwässerungsnetz für ausreichend. Es sei höchstens eine Teilumlegung an der B 8 erforderlich. Stv. Althen von der CDU stellte den Antrag, das Verfahren nicht in Münster alleine beginnen zu lassen, sondern sofort auf alle drei Stadteile auszudehnen.

Der Bürgermeister stellte in seinen weiteren Ausführungen in den Vordergrund, dass die Motive für das früher einmal eingeleitete Verfahren rein landwirtschaftlicher Natur gewesen seien, während heute auch eine Erholungslandschaft in der Feldgemarkung aufgebaut werden solle. Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung wurde der Einleitung des Flurbereinigungsverfahrens in den drei Gemarkungen der Stadt Kelkheim mit 12 gegen 9 Stimmen zugestimmt. Der Magistrat wurde beauftragt, sich bei den zuständigen Behörden für die Einleitung des Verfahrens im gesamten Stadtgebiet einzusetzen und außerdem eine Kostenzusammenstellung vorzulegen. Dieses Flurbereinigungsverfahren löste heftige Diskussionen in der Bevölkerung und in der Presse aus. Es wurde jedoch letztendlich erfolgreich durchgeführt.

Danach war über das Planfeststellungsverfahren der B 455 als Südumgehung von Schneidhain Beschluss zu fassen. Der Vorsitzende des Planungs- und Bauausschusses, Henninger, und der Vorsitzende des Gewerbe- und Verkehrsausschusses, Kunz, bezeichneten den Planungsvorschlag als nicht sinnvoll. Die Stadtverordneten beschlossen einstimmig, während der Offenlegung einen Einspruch einzulegen. Der Magistrat wurde beauftragt, zu versuchen, die Straße nach Norden zu verlegen, um damit einen Gemarkungs- und Grenzausgleich zwischen Schneidhain und Kelkheim zu erreichen. Ferner könne dadurch eine gefährliche Kurve besser abgeflacht werden. Das Straßenbauamt schlug vor, die L 3016 an der Ortseinfahrt in Münster um 10 - 12 m in östlicher Richtung zu verlegen, um einen weiteren Abstand von den Häusern an der Frankfurter Straße zu erreichen. Die Stadtverordnetenversammlung lehnte den Vorschlag einstimmig ab, da dadurch keine Vorteile zu erreichen seien und andererseits das bereits eingeleitete Umlegungsverfahren für das Gebiet "Altbach" weiterhin verzögert würde.

Der Offenlegung des abgeänderten Bebauungsplanes Breslauer Straße V wurde bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung zugestimmt. Dieser Plan ermöglichte den Bau eines Mehrfamilienhauses in einem rückwärtigen Teil eines Grundstücks im südlichen Teil der Breslauer Straße.

Die SPD hatte den Antrag gestellt, von der Übernahme einer Partnerschaft für das Minensuchboot "Gefion" Abstand zu nehmen, da der Antrag von einem Verein (FZH) eingereicht worden sei und somit weitere Präzedenzfälle auf die Stadt zukommen könnten. Der Antrag wurde mit 11 gegen 7 Stimmen bei 1

Enthaltung abgelehnt. Anschließend wurde auf Antrag der CDU der Übernahme der Patenschaft mit dem Minensuchboot "Gefion" der Bundesmarine mit 13 gegen 8 Stimmen zugestimmt.

Ein weiterer Antrag der SPD beinhaltete die Partnerschaft mit Städten in Frankreich und Jugoslawien. Stv. Althen erklärte für die CDU, dass der Antrag überflüssig sei, da der Magistrat bereits seit längerem eine Partnerschaft mit einer französischen Stadt eingeleitet habe. Zunächst solle es bei einer Partnerschaft verbleiben. Die FDP erklärte, dass eine Partnerschaft mit einer französischen Stadt Vorrang hätte. Mit 10 gegen 10 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt.

Ein weiterer Antrag der SPD beinhaltete, eine Spende für die Opfer der Naturkatastrophen in Peru und Rumänien durch die Stadt zu geben. Die CDU- und FDP-Fraktionen lehnten den Antrag mit der Begründung ab, Naturkatastrophenhilfe sei keine städtische Aufgabe, sondern dies sei Aufgabe des Bundes und des Landes. Der Antrag wurde mit 12 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Anschließend erklärten die Fraktionen von CDU und FDP, dass sie die Sitzungsgelder ihrer Mitglieder für diese Sitzung für die Hilfsaktion zur Verfügung stellen würden.

Anschließend wurde einer Grundstücksvereinbarung mit dem Besitzer des Schützenhofes in der Bahnstraße zugestimmt. Danach wurde der Schützenhof abgebrochen und 1975 an gleicher Stelle das heutige "Aldi"- Haus errichtet.

**11.7.1970:** Rasante Fortschritte haben in den letzten Wochen die Bauarbeiten am Schwimmbad gemacht. Man hofft, dass die Halle im nächsten Frühjahr fertig sein wird. Die Becken wurden bereits mit Wasser gefüllt, aber nicht zum Baden, sondern wegen der erforderlichen Druckproben. Der etwa 1 km lange schlechte Weg zur "Roten Mühle" auf Altenhainer Gebiet wird jetzt von den städtischen Arbeitern instand gesetzt.

**14.8.1970:** Stadtältester, Herr Georg Kilian, ist gestorben. Viele Jahre lang gehörte Georg Kilian den Körperschaften der Gemeinde und der späteren Stadt Kelkheim an. Als gebürtiger Kelkheimer war er dem bürgerlichen Leben schon der früheren Gemeinde verbunden. Er stellte sich bereits als 28-jähriger auch der politischen Arbeit für die Gemeinschaft zur Verfügung. Vom 31.5.1924 bis 18.7.1935 war er Gemeindevertreter, bis ihn die Nationalsozialisten von jeglicher politischen Tätigkeit ausschlossen. Am 15.2.1946 wurde er bei der ersten freien Wahl nach dem Kriege in die Stadtverordnetenversammlung gewählt und blieb bis 1960 Angehöriger der städtischen Körperschaften. Lange Jahre hindurch war er Fraktionsvorsitzender der CDU.

Seine starke Persönlichkeit, geprägt von umfassendem Sachwissen, vielfache Kenntnisse der örtlichen Gegebenheiten und beeindruckenden Überzeugungskraft, machte ihn zu einem Kommunalpolitiker, der die Entscheidungen in der Stadt Kelkheim maßgeblich mitbestimmte. Sein Wunsch, die Vereine als Träger des bürgerlichen Lebens zu erhalten und zu fördern, veranlasste ihn, sich tatkräftig für ihre Belange einzusetzen.

Er war entscheidend am Entstehen der Stadthalle in den Jahren 1948/49 beteiligt. Georg Kilians jahrelanges Wirken für die Gemeinschaft wurde anerkannt in seiner Ernennung zum "Stadtältesten" im Jahre 1956 und durch die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes. In ihm verliert die Stadt einen verdienstvollen Bürger, und sie wird sein Andenken immer in Ehren halten.

**22. - 30.8.1970:** Erstmals ist die Möbelausstellung mit einer Kunstaussstellung mit afrikanischen Holzarbeiten verbunden. Mehrere tausend Besucher der Möbelausstellung konnten sich bereits an den ersten beiden Tagen nach der Eröffnung einen Eindruck von der Leistungsfähigkeit des heimischen Möbelhandwerks und zahlreicher Zubehöraussteller aus der ganzen Bundesrepublik machen. In sieben Ausstellungsräumen sind bis zum 30.8. feine Stilmöbel ebenso wie moderne Einrichtungen in wertvollen Edelhölzern als Standardmodelle oder Sonderanfertigungen zu sehen. Die Aussteller haben wieder alle Anstrengungen unternommen, um ein auswahlreiches Angebot schöner Möbel zu präsentieren.

Der Magistrat hat die Vorstellungen des Stadtbauamtes gutgeheißen, wo das Ehrenmal für die Gefallenen und Opfer der Gewalt in Münster zukünftig seinen Platz haben soll. Dieser Vorschlag entspricht der übereinstimmenden Meinung der Münsterer Vereinsvertreter, das Ehrenmal im Ortskern nahe der Kirche zu belassen, wo es während der Bauzeit an der Erweiterung der St. Dionysiuskirche entfernt werden musste. Als geeigneter Platz wurde eine Baumgruppe bestimmt, die seitlich vom Anbau der Kirche erhalten bleiben konnte.

Rechtzeitig zum Schulbeginn nach den Sommerferien konnten die Schüler in Hornau ihre neue Max-von-Gagern-Grundschule beziehen. Auch zwei Sexten (Eingangsklassen für Gymnasien) konnten rechtzeitig ihren Unterricht in der alten Schule Hornau beginnen.

**5.9.1970:** Zum ersten Mal wurden im MTK Leistungswettkämpfe der Jugendfeuerwehren ausgetragen. Sechs Gruppen aus Bad Soden, Diedenbergen, Eddersheim, Flörsheim, Nordenstadt und Kelkheim

beteiligten sich an den Wettkämpfen auf der Sportanlage "Am Reis", bei denen für erfolgreiches Abschneiden beim technischen Wettbewerb den Mitgliedern der beteiligten Gruppen, die außerdem noch drei Fragen in mündlicher Prüfung zu beantworten hatten, die Leistungsspanne der Jugendwehren winkte.

**13.9.1970:** Mit einem feierlichen Hochamt weihte der Provinzial der Franziskaner, Dr. Klöckner, im Auftrag des Limburger Bischofs den neuen Altar der St. Martinskirche in Hornau.

**18.9.1970:** In der Stadtverordnetensitzung am 18.9. musste Stadtverordnetenvorsteher Claßen mitteilen, dass der Stadtälteste und Mitinitiator für den Bau der Stadthalle, Georg Kilian, im August verstorben sei. Die Stadtverordneten gedachten des Verstorbenen.

Der Bürgermeister teilte mit, dass die Vorplanung für die Trauerhalle des Hauptfriedhofes vorliege. Der Architekt sei mit der endgültigen Planung beauftragt worden.

Die offizielle Einweihung der neuen Max-von-Gagern-Grundschule erfolge am 17. Oktober 1970.

Der Regierungspräsident (RP) habe eine Waldfläche zur Errichtung des städtischen Bauhofes freigegeben.

Die Gebührenordnung zur Satzung über die Benutzung des städtischen Schuttabladeplatzes wurde einstimmig bis Dez. 1972 verlängert. Diese Gebührenordnung ist anschließend außer Kraft getreten, da gewerbliche Unternehmen ihren Abfall in der Kreisdeponie Wicker ablagern mussten. Ferner wurde eine Abgabenordnung für Benzinabscheideanlagen einschließlich Gebührenordnung erlassen.

Der Kreis erklärte sich bereit, einen Zuschuss von 100.000 DM aus Mitteln des Kreises, zahlbar in den Jahren 1970 bis 1972, für den Ausbau der Dieselstraße zu übernehmen, falls sich die Stadt verpflichtet, bei einer Abstufung der Hofheimer Straße diese als Stadtstraße zu übernehmen. Die Stadtverordneten erklärten sich einstimmig zu dieser Regelung bereit. Die Abstufung der Hofheimer Straße zur Stadtstraße ist später auch geschehen.

Danach war über den Landesentwicklungsplan "Hessen 80" (Großer Hessenplan) zu beraten. Die Stadtverordneten beschlossen einstimmig, entsprechend der Planung der Regionalen

Planungsgemeinschaft Untermain zu beantragen, Kelkheim als Mittelzentrum auszuweisen.

Für das Baugebiet "Kühnhohl" waren die Straßennamen festzulegen. Es wurden die Dichternamen "Hermann-Löns-Weg", "Heinrich-von-Kleist-Straße", "Adalbert-Stifter-Straße" und "Theodor-Storm-Straße" ausgewählt. Das Teilstück des Ringes zwischen Bahnhof Hornau und Rotebergstraße erhielt damals die Bezeichnung "Elisabethenstraße". Später erhielt der gesamte Ring von der Stadthalle bis zum Anschluss an die B 8 den Namen "Gagerring".

Der Abänderung des Bebauungsplanes Frankfurter Straße wurde einstimmig zugestimmt. Desgleichen der Satzung über den Bebauungsplan Schul- und Sportzentrum an der verlängerten Lorsbacher Straße. Der Ausschuss für Schule, Kultur, Sozialangelegenheiten und Sport wurde im Zuge der Verabschiedung für das Schul- und Sportzentrum beauftragt, sich mit dem Bau der Gesamtschule nach dem so genannten Groß-Gerauer-Modell kurzfristig zu beschäftigen. Die Gesamtschule wurde später entsprechend dieses Modells auch vom Kreis errichtet.

Auch dem Bebauungsplan für das Gebiet Frankfurter Straße / Grüner Weg/ An der Viez wurde einstimmig zugestimmt. In diesem Gebiet wurde eine erhöhte Ausnutzung festgelegt, da die RPU zu dieser Zeit noch verstärkte Ansiedlungen forderte.

Zugestimmt wurde auch dem Ankauf des alten Kinos, zuletzt VW-Werkstatt Göthling, an der Hauptstraße, bei gleichzeitigem Verkauf eines Grundstücks im Industriegebiet an diese Firma und dem Verkauf des Eckgrundstücks Frankfurter Straße / Grüner Weg. Auf diesem Grundstück wurde später eine mehrgeschossige Eigentumswohnanlage erstellt. Zum damaligen Beschlusszeitpunkt wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in dem einstimmigen Beschluss ausdrücklich festgelegt, dass zumindest ein Teil der Wohnungen dieser Anlage als Eigentumswohnungen durch den Bauherren zu verkaufen sind. In nichtöffentlicher Sitzung wurden die zwei eingelegten Bedenken zum Bebauungsplan für ein Teilgebiet der Breslauer Straße zurückgewiesen. Die früheren Bebauungspläne haben bereits im Bereich Breslauer Straße eine verdichtete Bebauung vorgesehen. Der Satzung wurde mit 19 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Im "Wettbewerb der landwirtschaftlichen Nebenerwerbssiedlungen" werden städtebaulich, zweckdienlich und in ihrer technischen und sozialen Struktur gelungene Siedlungen vom Hessischen Landesverband des Bundes der Vertriebenen gesucht und ausgezeichnet, die in erster Linie ihren Bewohnern dazu dienen, in der neuen Heimat in Hessen wieder "bodenständig" zu werden. "Nebenerwerbssiedlungen" sind Wohnsiedlungen, deren Gestaltung darauf abgestimmt ist, den Bewohnern landwirtschaftliche Nebentätigkeit zu gestatten, sei es als Obst- und Gemüsegärtner, als Kleintierzüchter oder auch als Kleinlandwirte ergänzend zu ihrer Tätigkeit als Arbeitnehmer der gewerblichen Wirtschaft. Zu den ausgezeichneten Siedlungsgemeinschaften gehören auch die Nebenerwerbsstellen im Bereich Breslauer Straße.

Eines der Vorhaben der Altstadtsanierung wird im hinteren Bereich der Mühlstraße durchgeführt, wo die ehemalige Finger Mühle stand. Hier wird ein sechs- bis siebengeschossiges Wohnhaus mit rund 50 Wohneinheiten gebaut. Nachdem die vorbereitenden Planungen abgeschlossen sind, konnten jetzt die Arbeiten fürs Verlegen von Versorgungsleitungen der verlängerten Mühlstraße bis zur Liederbachstraße in Auftrag gegeben werden, die insgesamt einen Aufwand von rund 90.000 DM erfordern. Die Frankfurter Straße ist zurzeit voll gesperrt, weil das Straßenbauamt einer seit langem geforderten Instandsetzung dieser Landstraße jetzt nachgekommen ist.

**29.9.1970:** Der Chef der Freiwilligen Feuerwehr K.-Mitte, Adolf Klarmann, kann heute sein 25-jähriges Dienstjubiläum als Stadtbrandmeister feiern. Adolf Klarmann, der am 7.6.1906 geboren wurde, ist seit 46 Jahren Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Kelkheim-Mitte. Am 3.9.1924 trat er als 18-jähriger ein und wurde knapp 10 Jahre später Zeugwart, Schriftführer und Oberbrandmeister. Im ersten Kriegsjahr wurde er in der inzwischen umorganisierten Feuerwehr Haupttruppführer. Am 29.9.1945 wählte ihn die Generalversammlung aller Kelkheimer Wehren zum Ortsbrandmeister als Nachfolger von Peter Neun, der zuvor Kreisbrandinspektor geworden war.

Mit Peter Ustinovs Komödie "Halb auf dem Baum" eröffnete die Kulturgemeinde ihre diesjährige Theatersaison.

**30.9.1970:** Bgm. Dr. Stephan erläuterte die bauliche Entwicklung Kelkheims in den nächsten Jahren. Die 20.000 Einwohnergrenzen werden die Stadt in den nächsten 2 bis 3 Jahren erreichen. Die städteplanerischen Voraussetzungen dazu sind geschaffen. Nach neuestem Stand hat Kelkheim Ende Aug. 1970 ca. 18.200 Einwohner.

Im südlichen Stadtbereich auf dem rund 45.000 qm großen Gelände der ehemaligen Parkanlagen der Firma Meuser, werden in den nächsten drei Jahren Wohnungen für etwa 500 Menschen entstehen. Das Gelände war bereits 1966 von den Farbwerken Hoechst erworben worden, die jetzt einen Teil selbst bebauen und den anderen an Angestellte zur individuellen Bebauung verkaufen wollen. Vorgesehen sind etwa 150 Wohneinheiten, darunter sind 20 Bungalowbauplätze, 12 Doppel- und Reihenhäuser sowie Geschoßbauten mit 5, 6 und 8 Stockwerken und mit 3-, 4- und 5-Zimmerwohnungen.

Die Stadtverordnetenversammlung, die bereits den Bebauungsplanentwurf genehmigte, hat auch hier Wert darauf gelegt, dass die auch bisher eingehaltene Geschoßobergrenze von acht nicht überschritten wird. Im Bereich des Sendelbacher Wegs sind die ersten Bauarbeiten bereits angelaufen, die Erschließungsarbeiten im Gesamtbereich werden im nächsten Frühjahr in Angriff genommen. Die Gesamterschließung ist in einem Vertrag mit den Farbwerken geregelt, die Stadt wird sie aber in eigener Regie ausführen.

Die Bebauung dieses Gebietes ist für die Stadt aus mehreren Gründen von besonderer Bedeutung. Einmal erhält die charakteristische Lage der drei lang gestreckten ehemaligen Straßendörfer Münster, Kelkheim und Hornau eine weitere Abrundung, da die Stadt mehr in die Breite wächst. Zum anderen vor allem wird im Zusammenhang mit diesem Wohngebiet für die Wohngebiete westlich der Bahnlinie eine eigene Westtangente geschaffen, die parallel zur Frankfurter Straße verläuft und diese wesentlich entlasten wird. Sie verläuft von der Münsterer Straße über den Nelkenweg, die Johann-Strauß-Straße und die Industriestraße zur Dieselstraße (heute Münsterer Straße und Johann-Strauß-Straße), die gegenwärtig im Bau ist. Vorgesehen ist eine Fahrbahnbreite von neun Metern, hinzu kommen beiderseits Bürgersteige mit einer Gesamtbreite von fünf Metern.

In der Breslauer Straße werden bereits im kommenden Jahr 150 Wohneinheiten in Geschoßbauweise entstehen; die Bauanträge laufen schon. Geplant ist eine gestaffelte Bauweise von drei bis acht Geschossen. Weitere 200 Wohneinheiten werden anschließend geschaffen, so dass für dieses Gebiet mit einem Zuwachs von 1.200 bis 1.500 Einwohnern gerechnet wird. Im Baugebiet "Kühnhohl" in Hornau beginnt in diesen Tagen der Hochbau. In drei bis vier Jahren werden hier etwa 150 Wohneinheiten für 500 Menschen zur Verfügung stehen.

**4.10.1970:** Die katholische Kirchengemeinde St. Franziskus Kelkheim feierte an diesem Wochenende ihr 50-jähriges Jubiläum. Vor genau 50 Jahren erhielten Kelkheims Katholiken eine Urkunde in der es heißt: *"Wir, Augustinus, durch Gottes Barmherzigkeit und des hl. Apostolischen Stuhles Gnade, Bischof von Limburg, verordnen nach Anhören und mit Zustimmung der zur Sache Berechtigten wie folgt: Für die Katholiken von Kelkheim und Hornau wird die neue Pfarrei Kelkheim errichtet. Daher scheiden die Katholiken zu Hornau und Kelkheim aus der Pfarrei Münster aus und werden Angehörige der Pfarrei Kelkheim".*

Kelkheim hatte nun eine eigene Pfarrei St. Franziskus. Durch den Bau des Franziskanerklosters und der Klosterkirche im Jahre 1909 durch die thüringische Franziskanerprovinz, gefördert durch die Stiftung der Gräfin Julie von Quandt-Wykradt-Isny auf Schloss Moos bei Lindau am Bodensee, war die Grundlage geschaffen, in Kelkheim eine selbständige Pfarrei zu schaffen. Mit einem feierlichen Hochamt, bei dem



besonders der Stifterin gedacht wurde, einem anschließenden Empfang im Pfarrzentrum und einem Pfarrfamilienabend klang der Jubiläumstag aus.

**9.10.1970:** In der Stadtverordnetensitzung am 9.10. teilte der Bürgermeister mit, dass die Baugrube für das Freibad ausgehoben sei. Es seien auch bereits teilweise Aufträge für den Freibadbau vergeben worden. Außerdem seien die Aufträge für die Neugestaltung des Stadthallenvorplatzes vergeben. Ferner seien die Straßenbauarbeiten zur Verlängerung der Lorsbacher Straße bis zum Schwimmbad einschließlich des Baues der Parkplätze in Auftrag gegeben worden.

An den öffentlichen Schulen in Kelkheim werden seit diesem Herbst in 63 Schulklassen 2.097 Kinder beschult.

Die Stadtverordneten Anton Stephan, Peter Kleinsteuber und Roland Schmidt gaben einen Bericht über den IX. Europäischen Gemeindetag in London.

Danach war über die Aufnahme von 3,2 Mio. DM Darlehen zu beschließen. Der Aufnahme bei zwei Banken wurde zugestimmt. Die Darlehen sollten zur Mitfinanzierung des Hauptfriedhofes mit 101.000 DM, des Schwimmbades mit 1.150.000 DM, der Wasserversorgung mit 739.000 DM, für den Ankauf von Sanierungsobjekten von 500.000 DM und dem Ankauf von Grundstücken mit 710.000 DM verwendet werden.

Einer neuen Satzung zur Erhebung der Vergnügungssteuer wurde zugestimmt. Der Erlass war bedingt durch eine Gesetzesänderung vom 15.7.70.

Zugestimmt wurde auch einem Grenzänderungsvertrag mit der Nachbargemeinde Niederhofheim. Es wurde Gelände an der B 8 (Heidesiedlung) gegen ein Nachbargelände der Gemeinde Niederhofheim ausgetauscht. Niederhofheim musste an die Stadt Kelkheim 20.000 DM als einmalige Abfindung für Grundsteuerausfall zahlen, da ein Teil des der Gemeinde Niederhofheim überlassenen Geländes anschließend für den Bau eines größeren Wohnhauses an der B 8 Verwendung fand. U.a. wurde drei Grundstücksgeschäften zugestimmt. Darunter dem Verkauf von über 9.000 qm Gelände für den Bau der Gesamtschule an den Kreis.

**17.10.1970:** Offizielle Einweihung der Max-von-Gagern-Grundschule in Hornau. Bgm. Dr. Stephan gab sich anlässlich der Feierlichkeiten recht optimistisch. Mit der im nächsten Jahr fertig gestellten Grundschule Sindlinger Wiesen sei das Grundschulproblem in Kelkheim gelöst. Landrat Dr. Jost erläuterte, dass die Stadt aus eigener Tasche fast eine halbe Mio. DM allein für den Geländeankauf der neuen Grundschule hatte aufwenden müssen. Die Gesamtkosten für die neue Grundschule, deren 1. Bauabschnitt acht Klassenräume, einen Mehrzweckraum, eine Turnhalle sowie den gesamten Verwaltungstrakt mit der Hausmeisterwohnung umfasst, betragen mehr als 3 Mio. DM.

**20.11.1970:** In der Stadtverordnetensitzung am 20.11 wurde über den HH-Nachtrag 1970 beraten. Der Nachtrag erhöhte den ordentlichen HH um rd. 1 Mio. DM von knapp 9,5 Mio. DM auf knapp 10,5 Mio. DM. Damit erreichte erstmals ein ordentlicher Haushalt in der Stadt Kelkheim die 10 Mio.- DM- Grenze. Der außerordentliche HH erhöhte sich nur geringfügig und lag weiterhin bei knapp 10 Mio. DM. Die im HH vorgesehenen Darlehensaufnahmen konnten um 692.000 DM auf 3.260.500 DM verringert werden. Dem Hauungs- und Kulturplan 1971 wurde in der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgelegten Fassung zugestimmt. Man hatte nur den Einschlag von 690 fm Holz genehmigt. In dem Beschluss wurde festgelegt, dass die Kahlschlagfläche an der verlängerten Lorsbacher Straße unterhalb der Waldgaststätte "Gundelhardt" nicht mit Nadelholz, sondern mit Laubbäumen neu aufgeforstet werden muss. Weiterhin wurde dem Ankauf von 14.000 qm Gelände im Gebiet Schieferberg zugestimmt.

**8.12.1970:** Im kath. Pfarrzentrum Münster fand am 8.12. ein Ausspracheabend der Stadtverordnetenversammlung unter der Leitung von stellvertretendem Stadtverordnetenvorsteher Keller statt, da Vorsteher Claßen nicht anwesend sein konnte. Der Ausspracheabend befasste sich mit dem Neubau des Rathauses. Stadtbaumeister Ball berichtete zunächst an Hand von Dias über die Besichtigung von fünf Rathäusern im süddeutschen Raum durch eine Delegation der Stadt am 13. und 14.11. 1970. Bgm. Dr. Stephan empfahl die Planung des Rathauses für eine Einwohnerzahl von 35 bis 40.000 vorzusehen, da mit einem weiteren Wachstum der Stadt und voraussichtlich mit dem Hinzukommen von Nachbargemeinden bei der anstehenden Verwaltungsreform zu rechnen sei. Außerdem würden voraussichtlich der Stadt neue Aufgaben über die Funktionsreform zugewiesen. Er bat deshalb, das Rathaus mit einer Nutzfläche von 1.800 bis 2.000 qm zu bauen. Hinzu müssten noch die Sitzungsräume und Fraktionszimmer kommen.

Der Bürgermeister schätzte damals die Baukosten ohne Sitzungs- und Fraktionsräume auf ca. 5 Mio. DM. Nachdem zusätzlich die Bücherei (heutiger Gartensaal des Rathauses) und die Sitzungs- und Fraktionsräume mitgebaut wurden, zeigte sich, dass dieser Betrag real war, denn die Gesamtkosten des Rathauses einschließlich der Einrichtungen lag bei ca. 7,7 Mio. DM. An Hand der Beschäftigten wies OAR Karlheinz Klug darauf hin, dass etwa 100 bis 110 Arbeitsplätze vorgesehen werden müssten. Nach der

Eingemeindung von Fischbach und Rossert in die Stadt Kelkheim wird die Einwohnerzahl bereits bei über 27.000 liegen. Auch die Beschäftigtenzahl wird sich dann um mindestens 80 erhöhen. Die vorausschauende Planung der damals Verantwortlichen hat sich dann nach der Eingemeindung von Fischbach und Rossert (Ruppertshain und Eppenhain = Rossert) in die Stadt Kelkheim im Jahre 1977 bestätigt, denn die Einwohnerzahl betrug am 1.1.1977 ca. 28.000. Die anwesenden Stadtverordneten konnten sich nicht darüber einigen, ob das Rathaus mit 80 oder bis zu 120 Arbeitsplätzen gebaut werden sollte. Es wurde daher der Planungs- und Bauausschuss sowie der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt, weitere Detailberatungen vorzunehmen.

**3. Motorschiff "Kelkheim".** Zum Ende des Jahres 1970 hat namens des Aufsichtsrates der Metallgesellschaft AG Frankfurt die Gattin des Vorsitzenden in Kopenhagen ein neues Frachtschiff der Unterweser-Reederei, die eine hundertprozentige Tochtergesellschaft des Frankfurter Unternehmens ist, auf den Namen "Kelkheim" getauft. Das neue Motorschiff soll bereits im Frühjahr in Dienst gestellt werden und wird somit den Namen Kelkheim nach achtjähriger Unterbrechung wieder über alle Weltmeere tragen. Die neue "Kelkheim" ist drittes Schiff der Unterweser-Reederei mit dem Namen der Gemeinde und späteren Stadt Kelkheim. Der Magistrat war bei der feierlichen Taufe in Kopenhagen durch Stadtrat Rudi Alscher vertreten. Über das Schicksal der 1. Kelkheim wurde in dieser Chronik bereits berichtet. Das 2. Schiff mit dem Namen der Stadt wurde 1963 in Hongkong außer Dienst gestellt und abgewrackt, nachdem es 25 Jahre lang der Gesellschaft und dem Handel treue Dienste geleistet hatte. Sie war ein rund 8.000 Bruttoregistertonnen tragender Frachter, der überwiegend in der so genannten "Trampfahrt" eingesetzt war. Für den Frachtverkehr ist auch die neue "Kelkheim" vorgesehen, allerdings unter dem Vorzeichen des Frachtverkehrs von morgen.

Im Vordergrund wird die Beförderung von Containern und Großfrachtbehältern für Stückgut stehen. Entsprechend den veränderten Aufgaben für das Schiff ist die neue "Kelkheim" auch erheblich größer als ihre Vorgängerin; sie trägt fast 40.000 Bruttoregistertonnen. Den städtischen Körperschaften ist viel daran gelegen, dass zwischen der neuen "Kelkheim" und ihrer Besatzung so guter Kontakt erhalten bleibt, wie er mit dem früheren Schiff gleichen Namens geführt wurde.

**18.12.1970:** Die letzte Stadtverordnetensitzung des Jahres fand am 18.12. statt. Der Kreis teilte mit, dass die auf Probe eingerichteten Buslinien von Kelkheim nach Hofheim und Bad Soden zum 19.12. 1970 wegen zu geringer Frequentierung wieder eingestellt würden.

Die Stadtverordneten stimmten einstimmig der Kündigung der Mitgliedschaft beim Hess. Gemeindetag zum 31.12.1972 zu. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Stadt eine doppelte Mitgliedschaft in den kommunalen Spitzenverbänden Gemeindetag und Städtetag.

Danach war über einen 2. Nachtrag zur Hauptsatzung der Stadt Kelkheim zu beraten.

Stadtverordnetenvorsteher Claßen trug vor, dass aufgrund der Größenordnung und der vorgesehenen Weiterentwicklung der Stadt Kelkheim eine Erweiterung des Magistrats erforderlich sei. Es solle eine zusätzliche hauptamtliche und eine ehrenamtliche Stadtratstelle vorgesehen werden. Die Änderung der Hauptsatzung wurde einstimmig beschlossen. Danach wurde ein Ausschuss für die Vorbereitung der Wahl eines hauptamtlichen Stadtrates gebildet. In den Ausschuss wurden der Stadtverordnetenvorsteher und die drei Fraktionsvorsitzenden gewählt. Die Einführung, Verpflichtung und Vereidigung des zusätzlichen ehrenamtlichen Stadtrates, Herrn Horst Remmeke (SPD), wurde danach vorgenommen. Die Ernennungsurkunde wurde ihm von Bürgermeister Dr. Stephan überreicht.

Auch einer neuen Satzung über Verwaltungsgebühren nach dem neuen Hessischen Kommunalabgabengesetz wurde einstimmig nach geringfügigen Änderungen auf Vorschlag der SPD zugestimmt.

Unter dem TOP "Vorbereitung einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Gemeinde Altenhain wegen der Übernahme verschiedener Verwaltungsaufgaben" wurde erstmals öffentlich über die anstehende Verwaltungsreform im Raum Kelkheim gesprochen. Damals ging man aufgrund der Empfehlungen des Hess. Innenministeriums bereits davon aus, dass die Gemeinden Fischbach, Ruppertshain und Eppenhain der Stadt Kelkheim zugeordnet werden. Strittig war damals die Zuordnung der Gemeinde Altenhain. Die Stadt Kelkheim verpflichtete sich, zusätzlich zu den Aufgaben der Kassengeschäfte die Arbeiten beim Steueramt, die Bearbeitung von Melde- und Wahllisten und die Abrechnung und das Ablesen von Wassergeld und Kanalbenutzungsgebühren sowie die Durchführung der Müllabfuhr für Altenhain zu übernehmen.

Dem 1. Nachtrag zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung wurde einstimmig zugestimmt. Altenhain wurde nach der gesetzlichen Neuordnung des MTK 1977 nach Bad Soden eingemeindet. Die zeitweise von Kelkheim wahrgenommenen Verwaltungsaufgaben wurden daher bereits 1973 an Bad Soden abgegeben. Danach war über die Aufnahme von Wohnungsbaudarlehen von Wohnungsinteressenten bzw. von Arbeitgebern für die Sozialwohnungen an der Breslauer Straße im Gesamtbetrag von 60.500 DM zur Mitfinanzierung des städtischen Anteils für das gesamte Bauvorhaben zu beschließen. Der Darlehensaufnahme wurde einstimmig zugestimmt. Es wurde festgelegt, dass die Darlehen, die sich pro

Wohnung zwischen 3.000 und 15.000 DM bewegten, zinsfrei gewährt werden. Die Tilgung wurde nach zwei tilgungsfreien Jahren mit jährlich 10 % vorgenommen.

Die Planung der neuen Friedhofshalle auf dem Hauptfriedhof durch den Kelkheimer Architekten Rosenberg wurde mit geringfügigen Auflagen einstimmig gebilligt. Bald darauf wurde mit dem Bau der Friedhofshalle begonnen.

Danach war über die Abänderung eines Bebauungsplanes für das Gebiet Adolfshöhe zwischen Amselweg und Königsteiner Landstraße zu beraten. Mit der Abänderung wurden die dort liegenden Baugrundstücke verkleinert. Ferner wurde ein Stichweg neu mit eingeplant.

Die Abrechnung der Teilerschließungsbeiträge für die Teileinrichtungen Fahrbahn- und Bürgersteigausbau im so genannten FIMA-Gebiet zwischen Hofheimer Straße und Hallwielweg gab zu Debatten Anlass. Bgm. Dr. Stephan gab einen umfassenden Sachbericht. Die FDP beantragte die Zurückstellung der Beschlussfassung. Mit 20 Stimmen bei 3 Enthaltungen wurde der Abrechnung zugestimmt. In die Abrechnung wurden alle der Stadt entstandenen Ausbaukosten für die Erschließungsmaßnahmen einbezogen. Die vorher durchgeführten Teilmaßnahmen der FIMA wurden nicht berücksichtigt. Die Abrechnung führte, da in früherer Zeit ein Vertrag zwischen der FIMA und der Stadt Kelkheim wegen der Erschließung abgeschlossen war, zu weiteren Schwierigkeiten. Man einigte sich später in einem Vergleich.

**19.12.1970:** In der Hauptversammlung des SPD-Ortsverbandes wurde Richard Gladis mit absoluter Mehrheit zum neuen Ortsvorsitzenden gewählt. Ebenfalls mit großer Mehrheit wurde der bisherige geschäftsführende Vorsitzende Richard Jung zum Stellvertreter und 2. Vorsitzenden gewählt.

**20.12.1970:** Im gut besetzten großen Saal des Pfarrzentrums Feldbergstraße gab es viele erwartungsfrohe Gesichter: die Pestalozzischule hatte zu einer Veranstaltung eingeladen, bei der Schülerinnen und Schüler der Realschulklassen 5 bis 8 das Singspiel "Der Struwwelpeter" von Cesar Bresgen aufführten. Die Gesamtleitung lag in den Händen von Lehrer Wolfram Ahner, die Klavierbegleitung hatte Wolfgang Grimm übernommen. Rektor Mühl begrüßte die Gäste und wies besonders darauf hin, dass hier keine "Profis", sondern vom Lampenfieber geplagte Schüler agieren.

Der Hauptzweck dieses Abends sei, die "Aktion Sorgenkind" zu unterstützen, sagte Rektor Mühl.

Außerdem waren am Saaleingang auch noch Handarbeiten der Schulkinder käuflich zu erwerben. Auch diese Einnahmen waren für die "Aktion Sorgenkind" bestimmt. Eltern und Freunde der kleinen Akteure folgten interessiert und amüsiert dem Spielgeschehen. Zu nennen wäre besonders Roman Rebic als Struwwelpeter, Sabine Elzen in der Rolle des Paulinchens und Mathias Zeischka als "Suppenkaspar". Dem Chor und der Instrumentalgruppe durfte auch ein großes Lob ausgesprochen werden.

### **Kommunalpolitische Perspektiven Kelkheims für die nächsten Jahre.**

In einer Zeit, da die meisten Vordertaunusstädte ihre Baulandreserven ziemlich ausgeschöpft haben und mit den Problemen allzu schnellen Wachstums ringen, rüstet man sich in Kelkheim zum Start in die zweite Wachstumsphase, die die Einwohnerzahl von zur Zeit knapp 17.000 auf etwa 30.000 in den nächsten beiden Jahrzehnten steigern soll. Die städtebaulichen Pläne aus dem Jahre 1955 sind in der Zwischenzeit exakt erfüllt, doch bereits Anfang der 60er Jahre zeichnete sich ab, dass man sich den planerischen Maßanzug zu eng geschneidert hatte.

In der nächsten Stadtverordnetensitzung steht die Wahl eines hauptamtlichen Beigeordneten auf der Tagesordnung. Die Verstärkung der Verwaltung ist ebenso auf das Wachstum abgestellt wie die Planung des neuen Rathauses, für dessen Baubeginn in diesem Jahr die Vorbereitungen laufen. Von den 1.500 ha städtischer Gemarkungsflächen sind bisher nur 300 ha Baugelände. Es gibt hier noch Baulandreserven in annähernd gleicher Größe. Selbst bei wesentlicher Steigerung der Einwohnerzahl blieben noch etwa 430 ha Wald unangetastet, weitere 400 bis 500 ha könnten der landwirtschaftlichen Nutzung verbleiben. Die Stadt ist nicht nur in der Lage, die doppelte Einwohnerzahl aufzunehmen, sie hat auch bereits die Planungen für Wasserversorgung und Kanalisation auf die neue Größenordnung umgestellt und könnte heute schon wesentlich mehr leisten, als von ihr gefordert wird.

Die Wasserversorgung ist seit dem letzten Jahr an das Netz der Stadt Frankfurt angeschlossen.

Bestehende Zuleitungen könnten nicht nur Kelkheim, sondern eine Reihe anderer Gemeinden versorgen, die schon Wünsche angemeldet haben. Auch für die Entwässerung ist die Zusammenarbeit mit Frankfurt im Gespräch. In der Verflechtung mit dem großen Partner sieht man in der Stadt die betriebswirtschaftlich beste Lösung.

Das Schulproblem ist in Kelkheim vorerst gelöst. Vier neue Schulen hat die Stadt seit Kriegsende gebaut (Grundschule Sindlinger Wiesen wird im Laufe des Jahres bezogen). Sie steht damit an der Spitze im MTK. Wenn der Kreis als neuer Schulträger die genehmigte Gesamtschule errichtet hat, können alle Schulgebäude aus der Vorkriegszeit aufgegeben werden. Auch das Kindergarten- Problem hat die Stadt bestens bewältigt. Sechs Kindergärten wurden in Zusammenarbeit mit kirchlichen und freigemeinnützigen Trägern gebaut.

Beim Bau von Sportstätten bewährte sich das Festhalten an den drei früheren Ortskernen. Zum Schwerpunkt entwickelt sich das Freizeitzentrum um das Hallen-Freibad, das in diesem Jahr eröffnet werden wird. Bis Mitte der 70er Jahre hofft man, das Projekt finanziell zu bewältigen, das in der Kombination zwischen Hallen- und Freibad bisher einmalig in der Region ist. Gleichzeitig entstehen hier ein Hallenbad, das dem Schwalbacher an Größe gleichkommt, und das größte Freibad des MTK. Zum Freizeitzentrum wird die Anlage durch Einbeziehung der benachbarten Turnhalle, des Sportplatzes und der Schießanlage. Weitere Anlagen werden folgen. Die Nachbarschaft der künftigen Gesamtschule erlaubt die wirtschaftliche Ausnutzung bei kurzen Wegen.

Die Erschließung der Baugebiete hinkt in Kelkheim nicht hinter der Bautätigkeit her. Die Versorgungsmaßnahmen der Stadt sind nicht nur entsprechend ihrem Wachstum ausgeweitet worden, die Infrastruktur ist nicht den Verhältnissen gefolgt, sondern vorausgeeilt. So gilt Kelkheim heute als guter Baumarkt für private Bauträger und für den Werkwohnungsbaue. Die städtischen Körperschaften sind entschlossen, auch die weitere Entwicklung in ruhige Bahnen zu steuern.

Neben der weiterhin offenen Möglichkeit, Ein- und Zweifamilienheime privat zu errichten, werden künftig vor allem Eigentumswohnungen den Markt in Kelkheim prägen.

An Arbeitsplätzen bietet die Stadt außer der von früher her ansässigen Möbelindustrie die neu angesiedelten Betriebe auf städtischem Gewerbegebiet. Rund 22 ha Land hat die Stadt an Gewerbebetriebe verkauft. Die Gewerbebautätigkeit wird Ende dieses Jahres in der ersten Phase abgeschlossen sein.

Mittelpunktaufgaben für das Umland, die Kelkheim heute schon weitgehend wahrnimmt, haben eine effektivere Verwaltung notwendig gemacht. Ein hauptamtlicher Stadtrat soll den Bürgermeister unterstützen. Als wahrscheinlich gilt die Wahl des bisherigen Leiters der Finanzverwaltung, OAR Karlheinz Klug, der seine Laufbahn 1945 als Verwaltungslehrling im städtischen Rathaus begann.